

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Badischer Beobachter. 1863-1935 1918**

260 (7.6.1918) Abendblatt

Bezugspreis vierteljährlich: In Karlsruhe durch Zöcker Nr. 425; (b. d. Geschäftsstelle monatlich Nr. 110) ...

Badischer Beobachter

Anzeigenpreis: Die achtsp. Kolonelle 25 Pf.; Flakolen Nr. 1.20, je mit 20% Leerungszuschlag. ...

Abendblatt. Erscheint an allen Werktagen in zwei Ausgaben. Verantwortlich für deutsche und badische Post, sowie für Heftnummern: E. H. Meyer; für den übrigen redaktionellen Teil: E. H. Meyer, ...

Die Kriegslage im Westen.

Die neue Front Royon-Chateau Thierry.

Der militärische Mitarbeiter des Kronzeitung schreibt u. a.: Vergleichen wir den neuen Schlag an der Aisne mit den bisherigen Schlägen unserer großen Offensiven im Westen, so kommen wir zu dem Schluss, daß der neue Schlag sein Ziel erreicht hat.

Auf Geländegewinn kann es uns nicht ankommen. Zwar heißen wir die Eroberung Tausender Quadratkilometer fruchtbarer, französischer Bodens mit freudigen, der Ernte entgegenzusehenden ...

Die Einbuße des Feindes.

Berlin, 6. Juni. (W.A.B.) Der große Sieg des deutschen Kronprinzen zwischen Aisne und Marne hat wiederum einen bedeutenden Teil der feindlichen Streitkräfte und Kampfmittel vermindert.

Der bereits gemeldeten Gefangenenzahl von über 55 000 sind die schweren Verluste der Franzosen an Toten und Verwundeten und an Vermögungen hinzuzurechnen.

Bereits im März mußte das französische Heer infolge des Zurückweichens der Engländer beiderseits der Somme starke Teile der bereitgestellten französischen Manöverarmee einsetzen, die mit in die schwere britische Niederlage hineingerissen wurden.

Als in Flandern die englische Lage erneut aufs ernsteste bedroht wurde, sah sich der Entente-Generalstabschef zum zweitenmal gezwungen, auch dort starke Hilfskräfte abzugeben.

Die Schlacht zwischen der Aisne und der Marne mit ihren täglichen Fortschritten rief aufs neue die schon stark gelichteten französischen Reserven auseinander.

Die Schlacht zwischen der Aisne und der Marne mit ihren täglichen Fortschritten rief aufs neue die schon stark gelichteten französischen Reserven auseinander.

Die Schlacht zwischen der Aisne und der Marne mit ihren täglichen Fortschritten rief aufs neue die schon stark gelichteten französischen Reserven auseinander.

Die Schlacht zwischen der Aisne und der Marne mit ihren täglichen Fortschritten rief aufs neue die schon stark gelichteten französischen Reserven auseinander.

Die Schlacht zwischen der Aisne und der Marne mit ihren täglichen Fortschritten rief aufs neue die schon stark gelichteten französischen Reserven auseinander.

Die Schlacht zwischen der Aisne und der Marne mit ihren täglichen Fortschritten rief aufs neue die schon stark gelichteten französischen Reserven auseinander.

Die Schlacht zwischen der Aisne und der Marne mit ihren täglichen Fortschritten rief aufs neue die schon stark gelichteten französischen Reserven auseinander.

Die Schlacht zwischen der Aisne und der Marne mit ihren täglichen Fortschritten rief aufs neue die schon stark gelichteten französischen Reserven auseinander.

Die Schlacht zwischen der Aisne und der Marne mit ihren täglichen Fortschritten rief aufs neue die schon stark gelichteten französischen Reserven auseinander.

Die Schlacht zwischen der Aisne und der Marne mit ihren täglichen Fortschritten rief aufs neue die schon stark gelichteten französischen Reserven auseinander.

Die Schlacht zwischen der Aisne und der Marne mit ihren täglichen Fortschritten rief aufs neue die schon stark gelichteten französischen Reserven auseinander.

Die Schlacht zwischen der Aisne und der Marne mit ihren täglichen Fortschritten rief aufs neue die schon stark gelichteten französischen Reserven auseinander.

Die Schlacht zwischen der Aisne und der Marne mit ihren täglichen Fortschritten rief aufs neue die schon stark gelichteten französischen Reserven auseinander.

Tagesbericht vom Großen Hauptquartier.

Großes Hauptquartier, 7. Juni. (W.A.B. Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

Zeitweilig auflebender Artilleriekampf. Nege Erkundungstätigkeit. Bei einem Vorstoß in die französischen Linien westlich vom Kemmel nahmen wir 2 Offiziere und 50 Mann gefangen.

dafür, daß noch Ende des Sommers die englische Arbeiterunion ihre Stellungnahme zu den Friedensfragen revidieren werde.

Protest gegen Verletzungen der holländischen Neutralität durch England.

Haag, 6. Juni. (W.A.B.) Bezüglich der Bombenwürfe auf holländisches Gebiet in der Nacht des 20. Mai bei Sas an Gent und Kortwacht, die zwar keine persönlichen Unglücksfälle, aber im letzteren Falle beträchtlichen Sachschaden angerichtet haben, gibt das Ministerium des Äußeren bekannt, daß durch die Untersuchung der Bombenplättchen festgestellt wurde, daß die Bomben englischen Ursprungs sind.

Haag, 5. Juni. (W.A.B.) Nach hier eingegangenen Berichten sollen die Dampfer „Sava“ und „Stella“ heute die Austrete von Rotterdam antreten.

Washington, 6. Juni. (W.A.B.) Der norwegische Dampfer „Gidsvola“ wurde am Dienstag von einem deutschen U-Boot versenkt. Die Besatzung wurde gerettet.

London, 5. Juni. (W.A.B.) Reuters. Die Admiralität meldet: Am 31. Mai sank nach Zusammenstoß ein Zerstörer. Keine Verluste.

Zur Lage im Osten.

Berfügung über die Aufhebung der Rangordnung der Diplomaten.

Moskau, 5. Juni. (W.A.B.) Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur. Die liberative sozialistische russische Sowjetrepublik hält in ihren Beziehungen zu den fremden Staaten an dem Grundsatz der unbedingten Gleichheit der großen und kleinen Völker fest.

Der Krieg zur See.

20 000 Tonnen versenkt. Berlin, 7. Juni. (W.A.B. Amtlich.) Im Mittelmeer versenkten deutsche und österreichisch-ungarische U-Boote fünf Dampfer und sechs Segler von zusammen über 20 000 Bruttoregistertonnen.

Die Dampfer wurden aus stark gesicherten Geleitzügen herausgeschossen. Einer von ihnen war ein Kriegsmaterialtransporter.

Berlin, 7. Juni. (W.A.B.) Das im gestrigen Bericht erwähnte U-Boot des Oberleutnants z. S. Z. 203 hat seine Erfolge in erstaunlich kurzer Zeit erzielt. An einem Tage konnte es von morgens früh bis Mitternacht 17 000 B.M.E. in die Tiefe sinken.

Ein holländisches Spitalschiff durch Minen versenkt. Haag, 6. Juni. (W.A.B.) Korrespondenzbüro. Das Spitalschiff „Konigin Regentes“ ist auf eine Mine gelaufen. An Bord befanden sich die englischen Delegierten. Soweit bekannt geworden ist, waren keine Verwundeten oder Kriegsgefangenen an Bord.

Amsterdam, 6. Juni. (W.A.B.) Wie einem hiesigen Blatt aus Rotterdam gemeldet wird, hat die Direktion des Rotterdamischen Lloyd von dem Kapitän des Spitalschiffes „Sindaro“ die drahllose Nachricht erhalten, daß sich auf dem gesunkenen Spitalschiff „Konigin Regentes“ weder Verwundete, noch Kriegsgefangene befanden.

Kopenhagen, 7. Juni. (W.A.B.) Meldung von Nilsens Büro. An verschiedenen Stellen des Kattegat wurden verankerte, auf drei Meter Tiefe eingestellte Minen beobachtet. Die Seefahrt im Kattegat ist nur innerhalb der Schutzgewässer ratsam.

Heeresgruppe deutscher Kronprinz.

Auf dem Schlachtfeld blieb die Gefechtsaktivität auf örtliche Kampfhandlungen beschränkt. Nördlich der Aisne und nordwestlich von Chateau Thierry wurden Teilangriffe des Feindes abgewiesen.

Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

terien“ verursacht. Die beiden letzten Fahrten der Fähre Helsingör-Helsingfors sind gestern wegen Minengefahr eingestellt worden.

Schließung von Häfen. Amsterdam, 7. Juni. (W.A.B.) Central News melden aus Washington, daß der Marinesekretär auch die Schließung von Boston, Philadelphia und anderen, an der Atlantischen Küste gelegenen Häfen angeordnet habe.

Washington, 6. Juni. (W.A.B.) Der norwegische Dampfer „Gidsvola“ wurde am Dienstag von einem deutschen U-Boot versenkt. Die Besatzung wurde gerettet.

London, 5. Juni. (W.A.B.) Reuters. Die Admiralität meldet: Am 31. Mai sank nach Zusammenstoß ein Zerstörer. Keine Verluste.

Zur Lage im Osten.

Moskau, 5. Juni. (W.A.B.) Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur. Die liberative sozialistische russische Sowjetrepublik hält in ihren Beziehungen zu den fremden Staaten an dem Grundsatz der unbedingten Gleichheit der großen und kleinen Völker fest.

2. In Übereinstimmung mit dem Völkerrecht, das allen miteinander gleichstehenden Staaten gemeinsam ist, alle bevollmächtigten Vertreter und alle diplomatischen Agenten der fremden Staaten, die bei der föderativen sozialistischen russischen Sowjetrepublik beauftragt sind, unabhängig von ihrem Rang ebenso als „bevollmächtigte Vertreter“ zu betrachten.

Brand in einem ukrainischen Munitionsdepot. Kiew, 7. Juni. Seitens vormittag 10 Uhr brach in einem ukrainischen Munitionsdepot in der Vorstadt Sornich westlich der Dnipro Feuer aus.

Tisza und Welerle über das Bündnis der Mittelmächte. Budapest, 5. Juni. (W.A.B.) Abgeordnetenhaus. Vor Eintritt in die Tagesordnung spricht Graf Tisza, um über die Vertiefung des Bündnisses mit Deutschland die öffentliche Meinung zum Ausdruck zu bringen.

Stokholm, 5. Juni. (W.A.B.) Svenska Dagbladet. Die isländische Frage ist für den ganzen Norden von großer Bedeutung. Der dänisch-isländische Konflikt droht Island unter einem irreführenden Namen der Selbstständigkeit zu einem Großmachtanhangsel zu machen.

Stokholm, 5. Juni. (W.A.B.) Svenska Dagbladet. Die isländische Frage ist für den ganzen Norden von großer Bedeutung. Der dänisch-isländische Konflikt droht Island unter einem irreführenden Namen der Selbstständigkeit zu einem Großmachtanhangsel zu machen.

Stokholm, 5. Juni. (W.A.B.) Svenska Dagbladet. Die isländische Frage ist für den ganzen Norden von großer Bedeutung. Der dänisch-isländische Konflikt droht Island unter einem irreführenden Namen der Selbstständigkeit zu einem Großmachtanhangsel zu machen.

Stokholm, 5. Juni. (W.A.B.) Svenska Dagbladet. Die isländische Frage ist für den ganzen Norden von großer Bedeutung. Der dänisch-isländische Konflikt droht Island unter einem irreführenden Namen der Selbstständigkeit zu einem Großmachtanhangsel zu machen.

Stokholm, 5. Juni. (W.A.B.) Svenska Dagbladet. Die isländische Frage ist für den ganzen Norden von großer Bedeutung. Der dänisch-isländische Konflikt droht Island unter einem irreführenden Namen der Selbstständigkeit zu einem Großmachtanhangsel zu machen.

Stokholm, 5. Juni. (W.A.B.) Svenska Dagbladet. Die isländische Frage ist für den ganzen Norden von großer Bedeutung. Der dänisch-isländische Konflikt droht Island unter einem irreführenden Namen der Selbstständigkeit zu einem Großmachtanhangsel zu machen.

Stokholm, 5. Juni. (W.A.B.) Svenska Dagbladet. Die isländische Frage ist für den ganzen Norden von großer Bedeutung. Der dänisch-isländische Konflikt droht Island unter einem irreführenden Namen der Selbstständigkeit zu einem Großmachtanhangsel zu machen.

Stokholm, 5. Juni. (W.A.B.) Svenska Dagbladet. Die isländische Frage ist für den ganzen Norden von großer Bedeutung. Der dänisch-isländische Konflikt droht Island unter einem irreführenden Namen der Selbstständigkeit zu einem Großmachtanhangsel zu machen.

Stokholm, 5. Juni. (W.A.B.) Svenska Dagbladet. Die isländische Frage ist für den ganzen Norden von großer Bedeutung. Der dänisch-isländische Konflikt droht Island unter einem irreführenden Namen der Selbstständigkeit zu einem Großmachtanhangsel zu machen.

Stokholm, 5. Juni. (W.A.B.) Svenska Dagbladet. Die isländische Frage ist für den ganzen Norden von großer Bedeutung. Der dänisch-isländische Konflikt droht Island unter einem irreführenden Namen der Selbstständigkeit zu einem Großmachtanhangsel zu machen.

Stokholm, 5. Juni. (W.A.B.) Svenska Dagbladet. Die isländische Frage ist für den ganzen Norden von großer Bedeutung. Der dänisch-isländische Konflikt droht Island unter einem irreführenden Namen der Selbstständigkeit zu einem Großmachtanhangsel zu machen.

Stokholm, 5. Juni. (W.A.B.) Svenska Dagbladet. Die isländische Frage ist für den ganzen Norden von großer Bedeutung. Der dänisch-isländische Konflikt droht Island unter einem irreführenden Namen der Selbstständigkeit zu einem Großmachtanhangsel zu machen.

Stokholm, 5. Juni. (W.A.B.) Svenska Dagbladet. Die isländische Frage ist für den ganzen Norden von großer Bedeutung. Der dänisch-isländische Konflikt droht Island unter einem irreführenden Namen der Selbstständigkeit zu einem Großmachtanhangsel zu machen.

Stokholm, 5. Juni. (W.A.B.) Svenska Dagbladet. Die isländische Frage ist für den ganzen Norden von großer Bedeutung. Der dänisch-isländische Konflikt droht Island unter einem irreführenden Namen der Selbstständigkeit zu einem Großmachtanhangsel zu machen.

Stokholm, 5. Juni. (W.A.B.) Svenska Dagbladet. Die isländische Frage ist für den ganzen Norden von großer Bedeutung. Der dänisch-isländische Konflikt droht Island unter einem irreführenden Namen der Selbstständigkeit zu einem Großmachtanhangsel zu machen.

Stokholm, 5. Juni. (W.A.B.) Svenska Dagbladet. Die isländische Frage ist für den ganzen Norden von großer Bedeutung. Der dänisch-isländische Konflikt droht Island unter einem irreführenden Namen der Selbstständigkeit zu einem Großmachtanhangsel zu machen.

Stokholm, 5. Juni. (W.A.B.) Svenska Dagbladet. Die isländische Frage ist für den ganzen Norden von großer Bedeutung. Der dänisch-isländische Konflikt droht Island unter einem irreführenden Namen der Selbstständigkeit zu einem Großmachtanhangsel zu machen.

Stokholm, 5. Juni. (W.A.B.) Svenska Dagbladet. Die isländische Frage ist für den ganzen Norden von großer Bedeutung. Der dänisch-isländische Konflikt droht Island unter einem irreführenden Namen der Selbstständigkeit zu einem Großmachtanhangsel zu machen.

Stokholm, 5. Juni. (W.A.B.) Svenska Dagbladet. Die isländische Frage ist für den ganzen Norden von großer Bedeutung. Der dänisch-isländische Konflikt droht Island unter einem irreführenden Namen der Selbstständigkeit zu einem Großmachtanhangsel zu machen.

gariische Landwirtschaft jene Schußkollle sicher, gestellt werden, die uns die Sicherheit bieten, daß wir im Bande unserer Verbündeten bei rentablen Preisen wieder unsere reichen Erzeugnisse absetzen können.

Ministerpräsident Dr. Bekerle bekräftigt die Aeußerungen des Grafen Tisza, daß die öffentliche Meinung Ungarns hinter dem Bündnis mit Deutschland steht, mit Freude.

Ministerpräsident Dr. Bekerle bekräftigt die Aeußerungen des Grafen Tisza, daß die öffentliche Meinung Ungarns hinter dem Bündnis mit Deutschland steht, mit Freude.

Ministerpräsident Dr. Bekerle bekräftigt die Aeußerungen des Grafen Tisza, daß die öffentliche Meinung Ungarns hinter dem Bündnis mit Deutschland steht, mit Freude.

Ministerpräsident Dr. Bekerle bekräftigt die Aeußerungen des Grafen Tisza, daß die öffentliche Meinung Ungarns hinter dem Bündnis mit Deutschland steht, mit Freude.

Ministerpräsident Dr. Bekerle bekräftigt die Aeußerungen des Grafen Tisza, daß die öffentliche Meinung Ungarns hinter dem Bündnis mit Deutschland steht, mit Freude.

Ministerpräsident Dr. Bekerle bekräftigt die Aeußerungen des Grafen Tisza, daß die öffentliche Meinung Ungarns hinter dem Bündnis mit Deutschland steht, mit Freude.

Ministerpräsident Dr. Bekerle bekräftigt die Aeußerungen des Grafen Tisza, daß die öffentliche Meinung Ungarns hinter dem Bündnis mit Deutschland steht, mit Freude.

Ministerpräsident Dr. Bekerle bekräftigt die Aeußerungen des Grafen Tisza, daß die öffentliche Meinung Ungarns hinter dem Bündnis mit Deutschland steht, mit Freude.

Ministerpräsident Dr. Bekerle bekräftigt die Aeußerungen des Grafen Tisza, daß die öffentliche Meinung Ungarns hinter dem Bündnis mit Deutschland steht, mit Freude.

Ministerpräsident Dr. Bekerle bekräftigt die Aeußerungen des Grafen Tisza, daß die öffentliche Meinung Ungarns hinter dem Bündnis mit Deutschland steht, mit Freude.

Ministerpräsident Dr. Bekerle bekräftigt die Aeußerungen des Grafen Tisza, daß die öffentliche Meinung Ungarns hinter dem Bündnis mit Deutschland steht, mit Freude.

Ministerpräsident Dr. Bekerle bekräftigt die Aeußerungen des Grafen Tisza, daß die öffentliche Meinung Ungarns hinter dem Bündnis mit Deutschland steht, mit Freude.

Ministerpräsident Dr. Bekerle bekräftigt die Aeußerungen des Grafen Tisza, daß die öffentliche Meinung Ungarns hinter dem Bündnis mit Deutschland steht, mit Freude.

Ministerpräsident Dr. Bekerle bekräftigt die Aeußerungen des Grafen Tisza, daß die öffentliche Meinung Ungarns hinter dem Bündnis mit Deutschland steht, mit Freude.

Ministerpräsident Dr. Bekerle bekräftigt die Aeußerungen des Grafen Tisza, daß die öffentliche Meinung Ungarns hinter dem Bündnis mit Deutschland steht, mit Freude.

Ministerpräsident Dr. Bekerle bekräftigt die Aeußerungen des Grafen Tisza, daß die öffentliche Meinung Ungarns hinter dem Bündnis mit Deutschland steht, mit Freude.

Ministerpräsident Dr. Bekerle bekräftigt die Aeußerungen des Grafen Tisza, daß die öffentliche Meinung Ungarns hinter dem Bündnis mit Deutschland steht, mit Freude.

Ministerpräsident Dr. Bekerle bekräftigt die Aeußerungen des Grafen Tisza, daß die öffentliche Meinung Ungarns hinter dem Bündnis mit Deutschland steht, mit Freude.

Ministerpräsident Dr. Bekerle bekräftigt die Aeußerungen des Grafen Tisza, daß die öffentliche Meinung Ungarns hinter dem Bündnis mit Deutschland steht, mit Freude.

Ministerpräsident Dr. Bekerle bekräftigt die Aeußerungen des Grafen Tisza, daß die öffentliche Meinung Ungarns hinter dem Bündnis mit Deutschland steht, mit Freude.

Ministerpräsident Dr. Bekerle bekräftigt die Aeußerungen des Grafen Tisza, daß die öffentliche Meinung Ungarns hinter dem Bündnis mit Deutschland steht, mit Freude.

Ministerpräsident Dr. Bekerle bekräftigt die Aeußerungen des Grafen Tisza, daß die öffentliche Meinung Ungarns hinter dem Bündnis mit Deutschland steht, mit Freude.

Ministerpräsident Dr. Bekerle bekräftigt die Aeußerungen des Grafen Tisza, daß die öffentliche Meinung Ungarns hinter dem Bündnis mit Deutschland steht, mit Freude.

Ministerpräsident Dr. Bekerle bekräftigt die Aeußerungen des Grafen Tisza, daß die öffentliche Meinung Ungarns hinter dem Bündnis mit Deutschland steht, mit Freude.

Ministerpräsident Dr. Bekerle bekräftigt die Aeußerungen des Grafen Tisza, daß die öffentliche Meinung Ungarns hinter dem Bündnis mit Deutschland steht, mit Freude.

Ministerpräsident Dr. Bekerle bekräftigt die Aeußerungen des Grafen Tisza, daß die öffentliche Meinung Ungarns hinter dem Bündnis mit Deutschland steht, mit Freude.

Ministerpräsident Dr. Bekerle bekräftigt die Aeußerungen des Grafen Tisza, daß die öffentliche Meinung Ungarns hinter dem Bündnis mit Deutschland steht, mit Freude.

Ministerpräsident Dr. Bekerle bekräftigt die Aeußerungen des Grafen Tisza, daß die öffentliche Meinung Ungarns hinter dem Bündnis mit Deutschland steht, mit Freude.

Ministerpräsident Dr. Bekerle bekräftigt die Aeußerungen des Grafen Tisza, daß die öffentliche Meinung Ungarns hinter dem Bündnis mit Deutschland steht, mit Freude.

Ministerpräsident Dr. Bekerle bekräftigt die Aeußerungen des Grafen Tisza, daß die öffentliche Meinung Ungarns hinter dem Bündnis mit Deutschland steht, mit Freude.

Ministerpräsident Dr. Bekerle bekräftigt die Aeußerungen des Grafen Tisza, daß die öffentliche Meinung Ungarns hinter dem Bündnis mit Deutschland steht, mit Freude.

Ministerpräsident Dr. Bekerle bekräftigt die Aeußerungen des Grafen Tisza, daß die öffentliche Meinung Ungarns hinter dem Bündnis mit Deutschland steht, mit Freude.

### Badischer Landtag.

Erste Kammer.

B.Z.K. Karlsruhe, 7. Juni 1918.

Präsident Prinz Max von Baden eröffnete die 10. Sitzung um 10 Uhr 10 Min. Anwesend ist auch Hr. Erzengel-Erzbischof Dr. Thomas Huber. Entschuldigt haben sich Graf Hagen und Geh. Rat Scholl. Die Tribünen sind fast besetzt. Der Präsident teilt mit, daß er dem Reichstag die Teilnahme des Hauses zum Tode des Reichstagspräsidenten Kämpf ausgesprochen habe. Nach Mitteilung der Eingänge, unter welchen sich ein Schreiben des Sanitätsamtes des 14. Armeekorps betreffend die Verlegung des Sanitätsamtes zum Besuch derselben befindet, wird eingetreten in die Beratung des Gesetzentwurfs betr. die Verlegung einiger Bestimmungen des Gesetzes vom 9. Oktober 1869 über die rechtliche Stellung der Kirchen und kirchlichen Vereine im Staate (Kirchengesetz).

Berichterstatter Bürgermeister Dr. Weiß erstattet Bericht über den Gesetzentwurf. Das Gesetz sei im anderen Hause vom Berichterstatter ein Friedensgesetz genannt worden und das mit Recht; denn der Entwurf bezwecke nur die Abtragung oder Abänderung solcher Teile des jetzigen Gesetzes, deren Zurückführung auf die Kämpfe der 1860er und 1870er Jahre zurückzuführen sei, und die auf kirchlicher, insbesondere katholischer Seite, als unerträgliche Beugung empfunden würden. Der Berichterstatter des anderen Hauses fügte bei, man würde bei einer allgemeinen Durchsicht des Gesetzes finden, daß auch noch andere Teile entbehrlich seien; er wolle aber davon absehen, darauf abzielende Anträge zu stellen. Der Ausschuß der Ersten Kammer war einig, daß er sich lediglich an das mit der Vorlage Begleitende halten und deshalb auch in eine Besprechung der von dem Berichterstatter berührten weitergehenden Fragen nicht einzutreten habe. Es konnte sodann ohne weitere Erörterung die einstimmige Billigung der mit dem Entwurf verfolgten Absicht festgestellt und darnach in die Einzelberatung der 4 Artikel, aus denen derselbe besteht, eingetreten werden. Der Berichterstatter geht nun auf den Inhalt der einzelnen Artikel ein. Bei Artikel 1 betr. die Verschärfung des Gesetzes über die kirchlichen Vereine im Staate hat die Zweite Kammer eine Resolution angenommen, wonach die Betätigung staatsbürgerlicher Rechte kein Grund zur Unfähigkeit sein soll, falls der betreffende Geistliche nicht gegen die Würde verstoße. Der Ausschuß war nach den Erklärungen des Ministers der Meinung, daß dieses Gesetz der Resolution nicht beizutreten soll. In Art. 2 betr. die allgemeine wissenschaftliche Bildung für die Zulassung zu einem Kirchenamt geht das Gesetz auf das Gesetz von 1869 zurück. Von einer Seite wurde der Bericht beanstandet, doch wurde der Abschnitt angenommen. Abschnitt 3 schreibt für die Inhaber von Kirchenämtern vor, daß die Abiturientenexamen und den jährlichen Besuch der Abiturientenhörsäle. Hier wurde auch der Abschnitt bejaht, wonach der Besuch einer ausländischen Universität nicht gerechnet werden soll. Die Aufhebung hängt mit der Aufhebung des Schulgesetzes zusammen. Ein Antrag Würkin verlangt, hier den Besuch von Vorlesungen aus dem Lehrkreis der philosophischen Fakultät im Gesamtumfang von jeweils mindestens vier Stunden. Abschnitt 4 hatte die Zweite Kammer gestrichen, welcher die Verschärfung des Gesetzes gegen übergehend im Großherzogtum sich aufhaltende Geistliche enthält. Hier bestand Meinung, die Regierungsvorlage nicht herzustellen, man sah aber davon ab, da bekannt wurde, das Gesetz sei nicht nur ein Friedensgesetz, sondern auch ein Vertrauensgesetz. Eine Wiederherstellung würde aber ein Vertrauen gegen die Kirche enthalten. Ein Antrag Würkin, der heute wieder eingebracht ist, stellt die Vorlage nicht nur wieder her, sondern geht sogar darüber hinaus, insofern, als er nicht allein ausländische Geistliche, sondern auch alle Geistlichen der Unfähigkeit unterstellt, welche kein Kirchenamt haben. Artikel 2, welcher Konvikte und Lehramt betrifft, wurde ohne Widerspruch angenommen, ebenso die Artikel 3 und 4. Der Ausschuß der Ersten Kammer beantragt, dem Gesetzentwurf in der Fassung der Zweiten Kammer zuzustimmen.

Es sind folgende Änderungsanträge eingebracht: Die Unterzeichneten beantragen: in dem Gesetzentwurf, die Verlegung einiger Bestimmungen des Gesetzes vom 9. Oktober 1869 über die rechtliche Stellung der Kirchen und kirchlichen Vereine im Staate betr., in der von der Zweiten Kammer beschlossenen Fassung: 1. in Artikel 1 a) in Absatz 3 des § 9 statt „eine mehrjährige Vorlesung aus dem Lehrkreis der philosophischen Fakultät“, zu setzen „Vorlesungen aus dem Lehrkreis der philosophischen Fakultät im Gesamtumfang von jeweils mindestens vier Stunden“; b) vor dem jetzigen Absatz 4 des § 9 folgende Bestimmungen einzufügen: Absatz 4. Die Bestimmungen in Absatz 1-3 dieses Paragraphen finden auch Anwendung auf die außerordentlichen Räte und Assessoren des Ordinariats, sowie auf den Vor-

### Theater und Musik.

Großes Hoftheater. Karlsruhe, 6. Juni 1918.

Tänze und Tanzspiele von Anna v. Bed. Nach einer nicht gerade sehr sicheren und flotten Wiederholung von Falls „Wärberlein sein“ stellte sich Anna v. Bed. mit drei ihrer Schülerinnen in ihren Tänzen einem zahlreichen, dem ständigen Theaterbesucher übrigens fremden Publikum vor. Das Auerkennenswerte bei Fr. v. Bed. ist, daß sie, nach dem Gebotenen zu schließen, auf dem Gebiet der Erziehung der Kinder zu ungelinkelter, natürlicher Grazie zu finden. Duncan, Scahio, auch Ralcoze waren ihr Vorbilder und Lehrmeister, denen sie nachbildend arbeitet. Deren tieferes Eindringen ins Auffassliche nach Inhalt und Form, ferner mit feinsinnigem Temperament belobten verflochtenen Akrobaten vermochte Fr. v. Bed. in ihren Tänzen aber nicht zu erreichen. Am meisten näherte sie sich jenen reformatatorischen Tanzkünstlerinnen, nach Ausdeutung und Reduktion hin bemerkt, in Schumanns symphonischen Klängen. Die Darbietungen von Fr. v. Bed. und ihren Schülerinnen, von denen auch Krüger die natürlichste Annuit, den ungelinktesten Akrobaten der Bewegungen hat, die, so jung sie ist, heute schon Musik tanzt, hätten sich ihrer Art nach einem kleineren intimen Rahmen weit besser eingepaßt, als der Bühne des Hoftheaters.

Großes Hoftheater. In dem dreitägigen Lustspiel „Meine Frau, die Hofdame“, von Alfred Möller und Volker Sachs, das am Samstag, den 6. Juni, hier, seine Uraufführung erlebt, wirken neben Pauline Lise Korman in der Titelrolle noch folgende Darsteller. In hervorragenden Auftritten: Hedwig Holm, Felix Baumgard, Robert Richter, Karl Dapper, Rudolph Eitel, Paul Gemmele, Felix Herz und Hugo Höder; außerdem die Damen: Miß und Schöng, sowie die Herren: Decker, Benedikt, Müller und Kaiser. Die Inszenierung besorgt Otto Kienjersky. — Die Vorstellung beginnt um halb acht.

Konzertsaal. In Hebers Meistervorlesung „Der Kastelbinder“, welche zur Gründung des diesjährigen Sommertheaters gewählt wurde, wird Hans Otto Norden, der das Werk selbst inszenieren wird, die Hauptrolle spielen.

heher und die Lehrer des Priesterseminars. Absatz 5. Die öffentliche Ausübung kirchlicher Funktionen kann Geistlichen, die die Zulassung zu einem Kirchenamt im Großherzogtum nicht erhalten haben, von der Staatsregierung unter Angabe des Grundes unterzogen werden. 2. Den Artikel 2 in folgender Fassung anzunehmen: Die Absätze 3 und 4 des § 12 des Gesetzes vom 9. Oktober 1869 in der Fassung des Abänderungsgesetzes vom 6. Juli 1888 erhalten folgende Fassung: Desgleichen sind sie befugt, Verpflegungsanstalten (Konvikte) für Soldate zu errichten und zu unterhalten, welche bezugs der Vorbereitung für den geistlichen Beruf höhere Lehranstalten oder die Universität besuchen. Auf Anhalten der in den beiden vorstehenden Absätzen bezeichneten Art finden die Vorschriften der §§ 184 und 190 des Schulgesetzes vom 10. Juli 1910 Anwendung. Die Leiter, Lehrer und Erzieher an diesen Anstalten müssen Deutsche und im Besitz einer allgemein wissenschaftlichen Vorbildung im Sinne des § 9 Absatz 8 dieses Gesetzes sein. Die Anstalten dürfen nicht eher eröffnet werden, als bis über die in § 184 Absatz 8 des Schulgesetzes bezeichneten Voraussetzungen die erforderlichen Nachweise der Staatsbehörde geliefert und von dieser anerkannt sind. Jeder Wechsel in der Person der Vorsteher oder Lehrer sowie in den Mächtigkeiten ist vor der Ausführung der Staatsbehörde anzuzeigen.

Geh. Rat Dr. Glöckner begründet die eingebrachten Änderungsanträge. Auch die Antragsteller begrüßen den Zweck des Gesetzes und würden sich nur freuen über einen Frieden zwischen Staat u. Kirche. Sie könnten dem Gesetze zustimmen, wenn dieses Verhältnis im dauernden wäre. Aber nach der Ansicht des Abg. Glöckner wird das Gesetz nur eine Stange bilden in dem Kampfe zwischen Staat und Kirche. Die Kirche wird das Gesetz nur als Abwehrmaßnahme betrachten. Der Redner des Zentrums erklärte deutlich, daß das Gesetz die Wünsche seiner Partei nicht voll erfüllen würde es auch nicht tun, wenn es vollständig zurückgeführt auf das Gesetz von 1869, gegen das Hermann von Bieckl Einspruch erhob und welches er nicht als eine Basis für einen dauernden Frieden ansehen konnte. Der Antrag betr. § 9 wurde in anderen Haus nur zurückgezogen auf die Erklärung der Regierung, daß jenseit das Gesetz geändert sei. Deshalb sei Vorbehalt und genaue Prüfung des Gesetzes notwendig. Der Zweck des Gesetzes besteht in der Milderung der in anderer Zeit erlassenen Vorschriften über die wissenschaftliche Vorbildung der Geistlichen. In Artikel 5 sollten die Strafbestimmungen beibehalten werden, die so lange Zeit nicht angewendet wurden. Auch bei Annahme unseres Antrags würden sich fünf Milderungen ergeben. 1. Betr. die wissenschaftliche Vorbildung. Hier gibt die Regierung als Begründung die Notwendigkeit, Ordensleute zuzulassen. Auch die Antragsteller wollen dem nicht entgegenstehen und lassen ihre Bedenken zurücktreten. 2. Weiter wollen die Antragsteller der Milderung nicht entgegenstehen, daß die Theologen nur drei Semester einer deutschen Hochschule haben sollen. Sie wollen diesem seit Jahren kirchlichseits geltend gemachten Wunsch nicht entgegenstehen. 3. Wollen auch sie nichts einwenden, daß andere Hochschulen anerkannt werden sollen. 4. Wollen sie nichts einwenden gegen die Aufhebung der Bestimmungen betr. den General- und Kapitularvikar und die Aufhebung der Strafbestimmungen, obwohl für die Zukunft Überlegungen nicht ausgeschlossen sind. Nun hat die Zweite Kammer noch eine Reihe von Änderungen vorgenommen, die im Entwurf nicht vorgesehen waren. Die Anträge, die wir stellen, begründen in der Hauptsache die Wiederherstellung der Regierungsvorlage. Der erste Antrag verlangt vierstündige Vorlesungen in der Philosophie. Da der Wortlaut „mehrjährige“ auch eine zweiwöchentliche Vorlesung zuläßt, sollte Klarheit geschaffen werden. Der Antrag zu § 9 Absatz 4 betr. die Unfähigkeit bedeutet schon durch Weglassung des General- und Kapitularvikars eine bedeutende Milderung des Gesetzes. Es sind nicht allein die Assessoren des Ordinariats, sondern eine Reihe von Lehrern, also nicht bloß zwei Personen, auf welche der Absatz Anwendung findet. Dieser Hinweis auf seine Unentschiedenheit ist also hinfällig. Die Regierungsvorlage wollte in Art. 5, daß die Regierung auswärtigen Geistlichen aus bestimmten Gründen die Ausübung kirchlicher Funktionen untersagen könne. Wie der Minister zugab, wären darunter auch alle Geistlichen verstanden gewesen, die als Inhaber eines kirchlichen Amtes in einem Kirchenamt innehaben. Die Antragsteller wollen deshalb die Wiederherstellung der Vorlage, da die Interessen des Staates nicht genügend gewahrt scheinen. Die Ausnahmefälle gelten nur gegen Reichsausländer. Auch das P.S.G.W. wird wegen Störung des konfessionellen Friedens gegen einen solchen Klosterinhaber nicht angewendet sein. Daß aus der Wiederherstellung dieses Absatzes ein Mißtrauen gegen die Kirche spreche bedarf keiner Widerlegung. Man muß auch Vertrauen zum Staate haben, daß er nicht ungeeigneten Gebrauch von der Bestimmung mache. In Artikel 2 will der Antrag die Regierungsvorlage betr. die Konvikte wieder herzustellen. Art. 4 soll im wesentlichen nach der Regierungsvorlage wieder hergestellt werden, weil die Fassung der Zweiten Kammer die kirchlichen Lehranstalten von dem bisherigen Grundgesetz gegen private Lehranstalten ausnimmt. Die Zweite Kammer will nur eine Angelegenheit, während bisher die Genehmigung abzuwarten war. Dadurch wird die Staatsaufsicht ziemlich illusorisch gemacht. Das ist die Bedeutung des vorliegenden Antrags, der im wesentlichen die Regierungsvorlage wieder herstellen will. Die Regierung hat sich leider mit der Fassung der Zweiten Kammer einverstanden erklärt. Schon aus dieser Stellung der Regierung geht die Bedeutung der Vorchrift betr. die Verschärfung hervor. Nachdem sich in dankenswerter Weise eine größere Anzahl Mitglieder dem Antrag angeschlossen, hoffe er auf seine Annahme. Das Gesetz werde dann doch in der Zweiten Kammer angenommen. Man werde sich beschließen. Kulturkampfinszenierung liege ihnen fern. Sie erkennen die Absicht der Regierung zum Frieden mit der Kirche. Gerade weil die Regierung eventuell später die Bestimmungen wieder einbringen solle, wie ein Mitglied vorstehend, wollen wir dem billigen Abbau entgegenstehen. Kein Staat, der sich nicht aufgeben will, jagt die Begründung des Gesetzes von 1869, kann die völlige Freiheit der Kirche zugeben. Nach besteht eine Verbindung von Staat und Kirche und deshalb sind solche Vorkehrungsmaßnahmen notwendig. Die Antragsteller handeln aus Gewissenspflicht.

Präsident Dr. Behner beantragt, der Sache mit dem Gesetzentwurf alsbald hier im Plenum zu beraten. Der Antrag des Fr. v. Paroche wird angenommen.

Geh. Rat Dr. Glöckner beantragt, dem Ausschuss noch weitere vier Mitglieder beizugeben, damit auch noch zwei weitere Antragsteller an der Ausschussberatung teilnehmen können, zur besseren Information. Der Antrag auf Vermehrung der Kommission wird abgelehnt.

Berichterstatter Dr. Weiß beantragt, den Gesetzentwurf von der Tagesordnung abzusetzen und in gesondelter Sitzung zu beraten. Kultusminister Dr. Höflich bittet, mit Rücksicht auf die Geschäftsliste des Landtags die Sache heute zu Ende zu führen.

Fr. v. Paroche, Dr. Behner und Fr. v. Stöckingen sprechen sich ebenfalls dafür aus, daß die Frage heute erledigt werden sollte. Präsident Prinz Max würde dies unbedingt wünschen. Denn die Kommission die Sache nochmals beraten soll, sollte dies nach seiner Meinung gleich geschehen. Die Mehrheit des Hauses entscheidet sich für diesen Vorschlag des Präsidenten. Infolgedessen wurde die Beratung um halb 12 Uhr unterbrochen und die Weiterberatung im Plenum auf nachmittags 4 Uhr angesetzt. Die Justizkommission tritt alsbald zur Beratung der Anträge zusammen.

### Badischer Landtag.

Zweite Kammer.

B.Z.K. Karlsruhe, 7. Juni 1918.

Vizepräsident Rohrbach eröffnete die 56. Sitzung um 1/4 Uhr und teilte mit, daß ein Schreiben des Sanitätsamtes des 14. A.-K. über die Behandlung der Neurotiker eingegangen ist. Das Haus trat in die Tagesordnung ein, die Fortsetzung der Beratung der Anträge auf Abänderung der Verfassung.

Staatsminister Freiherr von Rodman: Abg. Strobel dem Frauenstimmrecht, nach Abschaffung der Ersten Kammer, nach Einführung der Verfassungswahl und nach einem sechsten Abgeordneten für die Stadt Mannheim. Staatsminister Freiherr von Rodman: Abg. Strobel hat sein Bedauern ausgesprochen, daß ich nicht die ihm ausgesprochen habe. Die Regierung hat hier aber für Vorreden eingelöst, sie hat eine Vorlage eingebracht, aber dieses Haus hat die Vorlage abgelehnt. In der Sache stehe ich nach wie vor auf dem Standpunkt, daß der Stadt Mannheim der sechste Abgeordnete zugehört. Der Abg. Strobel hat weiter gesagt, daß die Regierung nur die Wünsche des Zentrums vertritt, nicht aber die Wünsche des badischen Volkes. Nun ist von uns hier die Zustimmung nach Abschaffung der Klassenwahl zu den Gemeinden gegeben worden und außerdem wurden einige Zugeständnisse auf kirchenpolitischem Gebiete gemacht. Es ist eine andere Sache, ob man die Gemeindeordnung abändert oder einzelne Zugeständnisse macht auf kirchenpolitischem Gebiete. Das letztere erfordert eine verhältnismäßig geringe Arbeit, anders ist es mit der Revision der Gemeindeordnung, diese konnte für diesen Landtag nicht mehr fertiggestellt werden. Die Verfassung ist kein Wunsch der Mehrheit des badischen Volkes, sondern die Meinungen darüber sind geteilt.

Abg. Schön (natl.): Der Abg. Marum hat dem Fürsten von Fürstberg gegenüber ausgesprochen, er sei international. Es würde eine Pflichtverletzung sein, wenn ich gegen die Besoldigung eines Mitgliedes und eines Mitgliedes der Regierung nehmen würde, nachdem im Weltkrieg der Vorwurf des Internationalen einen labellierten Beigeschmack hat. Ich glaube, Herr Marum kann dem Fürsten nicht, sonst hätte er diese Ausführungen nicht gemacht. Fürst von Fürstberg ist ein durchaus nationaler Mann von fortschrittlicher Gesinnung. Drei Söhne gegen ins Feld, zwei als deutsche Offiziere, einer ist den Helmbreit gestorben. Es ist unheimlich, einen Stabsbesitzer minder zu behandeln, als einen anderen Staatsbürger.

Abg. Schirmer (Ztr.): In bürgerlichen Kreisen will man nichts von einer Verhältniswahl wissen, weil ein konservativer Geist in dem Bauern steckt. Die Wähler sollen ihren Abgeordneten kennen, sie wollen sich den Abgeordneten nicht von der Parteileitung vorzeichnen lassen. Durch die Verhältniswahl würde eine große Wahlstauheit eintreten. Das Frauenstimmrecht ist für die Familie gar nicht so ungünstig. Vom Herrn Abg. Ged verbitte ich mir den Vorwurf, daß wir mit der Ablehnung der sozialdemokratischen Anträge die Rechte des Volkes mit Füßen treten.

Abg. Reimann (natl.): Dem Abg. Schirmer muß ich sagen, daß er nicht weiß, was in seiner Fraktion vorgeht. Abg. Schofer hat gestern gesagt, die Zentrumspartei würde von dem Frauenstimmrecht am meisten Vorteil haben, weil seine Partei viel für die Politisierung der Frau getan hat. Diese Behauptung paßt aber nicht zu den Aeußerungen, die heute Abg. Schirmer unter dem besonderen Beifall des Abg. Schofer gemacht hat. Abg. Muser hat gestern geäußert, ich hätte gesagt, es fehle der Zweiten Kammer an geeigneten geistigen und wirtschaftlichen Kräften; das habe ich nicht gesagt, sondern ich habe gesagt, gewisse geistige und wirtschaftliche Kräfte seien nicht in der Zweiten Kammer vertreten, wie zum Beispiel die Universitäten. Die Abg. Schofer und Kopf haben gestern das Wort der Modernität am Proporz tun müssen. Geht es um die Interessen, die stehen noch gute Zeugnisse zur Verfügung, die beweisen, daß das Zentrum bis vor kurzem für den Proporz eingetreten ist, weil der Proporz damals für das Zentrum von Nutzen war. Denn wenn es eine Partei gibt, die zu allen Zeiten ihren Vorteil überlegt hat, so ist es das Zentrum und ein Mann, wie Bader, der ein kühler Redner ist, hat es damals ausgerechnet, welche Vorteile das Zentrum damals durch den Proporz gehabt hätte und dem Abg. Behner auszusagen, daß er nicht den Vorteil des Zentrums berücksichtigt hätte, als er für den Proporz eintretet, wäre doch eine Beleidigung für ihn. Demnach war es ihr Vorteil, heute glauben sie, daß er es nicht mehr ist, deshalb sind sie vom Proporz zurückgetreten.

(Schluß folgt.)

### Das Kirchengesetz in der ersten Kammer.

Heute morgen begannen in der Ersten Kammer die Beratungen über das Kirchengesetz. Seine Erzengel, der hochwürdigste Herr Erzbischof nahm seinen Sitz im annähernd voll besetzten Hause ein. Bald nach 10 Uhr eröffnete Seine Großh. Hoheit, Prinz Max die Sitzung. Nach Erledigung der Eingänge erstattete Bürgermeister Weiß den Kommissionsbericht über das Gesetz, der auf den Antrag hinausläuft, das Gesetz in der von der Zweiten Kammer bewilligten Form anzunehmen. Rummehr begründete Geheimrat Glöckner den Abänderungsantrag der schon genannten Herren. Er legte den Nachdruck darauf, daß nur rein sachliche Erwägungen zur Stellung des Antrags Anlaß gegeben hätten, Kulturkampferische Absichten fernzulassen und es sich im wesentlichen nur darum handle, den Regierungsentwurf, der ebenfalls die Kulturkampferische Absicht abbanen wolle, wieder herzustellen. In der sogenannten Geschäftsordnungsdebatte wurde ein Antrag v. Paroche auf Zurückverweisung in die Kommission angenommen. Darauf wurde die Plenarsitzung bis heute nachmittags um 4 Uhr ausgesetzt, wo sie mit derselben Tagesordnung weitergeführt wird.

### Lokales.

Karlsruhe, 7. Juni 1918. Na. Aus Anlaß des letzten Pflanzenschnitts auf die Stadt Karlsruhe hat auch der Oberbürgermeister von Freiburg namens des dortigen Stadtrats dem Oberbürgermeister von Karlsruhe die herzlichste Teil-

nahme zum Ausdruck gebracht. Auch der preussische Gesandte Hr. v. Eisenacher hat der Oberbürgermeister sein Beileid ausgesprochen.

Unfall. Ein hier wohnhafter Schindler wurde gestern vormittag in der Kriegerstraße vor dem alten Wohnpflanzenschnitt von einem Kolossal angefahren, dem Radfahrer heruntergeworfen und am Kopf so erheblich verletzt, daß seine Aufnahme in das Neue St. Augustinus-Krankenhaus erforderlich wurde.

Zufälle. In den letzten Tagen auf den Märkten am Ludwigsplatz, sowie am Marktplatz verübte, ohne daß es bis jetzt gelang, die Täter zu ermitteln. Verhaftet wurden: ein Lehrling aus Durlach, welcher seinem Lehrherrn Waren im Werte von etwa 1000 Mark entwendet hat, sowie ein Tagelöhner aus Berg, ein Tagelöhner aus Kollmar, ein Mechaniker von hier und ein Maler von Mühl, sämtliche wegen Diebstahls.

### Chronik.

Aus Baden.

Heidelberg, 5. Juni. Der am 5. Januar 1918 von Geh. Rat Prof. Dr. Max Wolf auf Photographischem Wege entdeckte Planetoid 1918 W, der zunächst unter der Bezeichnung „Wolffsches Gestirn“ allgemein bekannt geworden ist, hat, wie das Heidelberger Tagblatt mitteilt, auf Vorschlag von Prof. Dr. G. Reubold, mit Einverständnis des Entdeckers, den Namen „Linda“ erhalten. Das Gestirn, das Geheimrat Wolf am 8. Februar wieder fand und klar auf mehrere Tage verfolgen konnte und das nach Bekanntwerden auch an einigen anderen Observatorien beobachtet wurde, vermindert Wolf noch einmal, am 8. Mai, auf zwei mit dem großen Reflektor aufgenommenen lange exponierten Platten feststellen.

Freiburg, 5. Juni. In der ordentlichen Mitgliederversammlung des M. u. S. V. B. u. V. e. i. n. s. die alsbaldig stattfindet, wurde mitgeteilt, daß der herrliche Bau bis jetzt von allen Kriegsgeschehen verschont und unversehrt geblieben ist. Wegen der Fliegergefahr ist der ganze Bestand an alten Glasgemälden in den Seitenschiffen und im Querhaus herausgenommen, in sichere Schutzverwahrung gebracht und durch Notverlagerungen ersetzt worden. Nach dem Neuenhaffensbericht stehen den Einnahmen von 188 297 Mk. insgesamt 111 120 Mark Ausgaben gegenüber. Das Reinergebnis des Vereins beträgt 3,6 Millionen Mark, hat sich somit gegen das Jahr 1916 um rund 50 000 Mark vermehrt. Die Arbeiten am Turm des Minaretts sind auch im vergangenen Jahr fortgesetzt worden.

### Eine Bitte des hochwürdigsten Herrn Erzbischofs an den heil. Vater.

wegen der feindlichen Fliegerüberfälle auf Baden. Freiburg, 4. Juni. Baden hat wie kaum ein anderes Gebiet Deutschlands unter den Angriffen der feindlichen Flieger bisher zu leiden gehabt. 13 kleinere und größere Städte können aufgezählt werden, die das Ziel dieser Angriffe waren. Freiburg allein wurde 24 Mal ernstlich heimgesucht. Paris u. h. e. hatte noch vor wenigen Tagen in Folge eines Fliegerüberfalles mehrere tote und Verwundete zu beklagen. Diese feindlichen Luftbombardements sind durch nichts zu rechtfertigen. Es handelt sich nur um offene Städte, die keine militärische Bedeutung haben. Der Zweck kann nur sein, die Zivilbevölkerung zu beunruhigen und zu schädigen.

Seine Erzengel, der hochwürdigste Herr Erzbischof von Freiburg hat nicht verkannt, seiner Heiligkeit Papst Benedikt XV., der in dieser Zeit der schweren Seimundung sich in hervorragender Weise und mit vielem Erfolge bemüht hat, die Härten des Krieges zu mildern, von diesen Überfällen auf das badische Land Kenntnis zu geben.

Wien, 3. Juni. (M. A. N.) Der ehemalige Ministerpräsident Graf Richard von Bienerth-Schmerling ist heute früh im 56. Lebensjahre gestorben.

Der englisch-amerikanische Schiedsgerichtsvertrag. Washington, 4. Juni. (M. A. N.) Der englisch-amerikanische Schiedsgerichtsvertrag, der im Jahre 1908 abgeschlossen worden ist, ist auf weitere fünf Jahre erneuert worden.

Einfuhrverbot für Luxuswaren. Sofia, 7. Juni. (M. A. N.) Der Ministerrat hat eine umfangreiche Liste von Luxuswaren, insgesamt 280 Warenangaben veröffentlicht, deren Einfuhr in Bulgarien verboten ist. Der Zweck des Verbotes ist die Hebung der Wälder.

Genf, 4. Juni. (M. A. N.) Der Präsident der Republik Panama ist gestorben. (S. A. N.) Budapest, 6. Juni. In der letzten Nacht trat in einem großen Teil des Landes stellenweise starkes Frostwetter ein, das vielfach Schaden anrichtete.

Kuftwärme in Karlsruhe (nach den Beobachtungen der meteorologischen Station). 6. Juni, mittags 8.36 Uhr 19,1 Grad; nachts 10.26 Uhr 13,0 Grad; 7. Juni, morgens 8.26 Uhr 12,2 Grad; höchste Temperatur am 6. Juni 20,7 Grad; niedrigste in der darauffolgenden Nacht 6,2 Grad.

Geg. u. einfache Kostüme, Mäntel u. Jacken werden tabellos unter Garantie angestrichelt (Schmittwäber-Strauß). Johann Weber-Hirschstr. 53, 2 Tr., Karlsruhe.

Ausgekämmelte Frauenhaare kauft Oskar Decker, Haarhaare, Kaiserstr. 82, Karlsruhe.

Büchliche, zuverlässige Zeitungsfrau für Mühlburg bei guter Bezahlung sofort gesucht. Badischer Beobachter, Karlsruhe, Adlerstraße 42.

Das Fr... Die Beurlaubung dem bekannt... Gruppe der... wenigstens... Verhandlungen... Das Gesetz... Geheirat... zurückzuführen... in der Fassung... wird der... Nachdem in der... Glöckner den... mieren Leben... nicht leicht... fagen. Der... darauf aus, Zeit... einen etwas... ohne spannen... für sofortige... freiherr v. Paro... mission beantragte... kleine Mehrheit... Kommission als... Plenum die übrig... um erst am Nachm... über den Abänder... ihrem Fall wäre... den Antrag zu... tete deshalb die... Plenum unter... Damit schon ein... Domit drang ein... trag Würkin in... stand. Dieser Ein... Kommissionsberatu... rumsvertreter, w... hatten Bericht... zu entnehmen ist... entrag Würkin... die Regierung bed... werden müßte. A... die Wahl, entwebe... Auffassung des... das mindestens... zugehen zu suchen... Regierung durch... traug zurückzuzie... vor seiner Seite... in der Vorlesung... Hürden nicht durc... Anger noch nicht... Nachmittag im... Reich zu Beginn... Bericht andeutete... ner und erklärte... ihrer arbeits... beruht auf die... berlangte, ihren... der Boden für die... Kultusministers... Herrn Prälaten... Pöde einen friedlic... hielten.